

## Pressemitteilung

### Wir bitten nicht, wir fordern: Stoppt Femizide - vorbehaltlos!

Berlin, 19.11.2020. Anlässlich der heute stattfindenden informellen Videokonferenz der EU-Gleichstellungsminister\*innen veröffentlicht DaMigra e.V. einen EU-weiten Forderungskatalog zur effektiven Bekämpfung von Femiziden. Von Gleichstellung kann jedoch noch lange nicht die Rede sein, solange Frauen\* nicht vor Gewalt geschützt werden können. Jährlich gibt es etwa 50.000 Tötungen von Frauen\* weltweit, weil sie Frauen\* sind. Das Menschenrechtsabkommen „Istanbul-Konvention“ greift auch hierzulande nicht ausreichend durch.

Laut der aktuellen BKA-Statistik von 2019 ist an fast jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet worden. Die Tendenz steigt und auch die Dunkelziffern sind viel höher. Gemäß UNODC werden täglich auf der Welt 137 Frauen\* und Mädchen\* von einem Mitglied ihrer eigenen Familie, ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.

Während sich also die EU-Gleichstellungsminister\*innen informell treffen, um über „Folgen der Corona-Krise für Frauen in Europa und möglichen Implikationen für die EU-Gleichstellungspolitik“ zu sprechen, wurde von zivilgesellschaftlichen europäischen Akteur\*innen ein Forderungskatalog zur effektiven Bekämpfung von Femiziden erarbeitet.

*„Gemeinsam mit Expert\*innen aus verschiedenen EU-Staaten haben wir einen Forderungskatalog erarbeitet, der klare Handlungsempfehlungen an die Politik ausspricht. Wenn diese tatsächlich umgesetzt werden würde, würde man tausenden Mädchen\* und Frauen\* das Leben retten. Für eine Gleichstellung der Geschlechter müssen wir ALLE tag täglich kämpfen.“, verdeutlicht Dr. Delal Atmaca, Geschäftsführerin von DaMigra e.V.*

Gerade die rechtspopulistische oder religiös-fundamentalistische Bewegungen zeigen weltweit aber auch hier in Europa, wie fragil unsere Demokratien sind. Selbst bereits erkämpfte Rechte von Frauen, die wir festverankert wissen, werden von konservativen oder rechten Regierungen in Frage gestellt. Daher fordert DaMigra die vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention europaweit. Obwohl der politische Handlungsbedarf gegeben ist, wollen einige der Unterzeichnerstaaten austreten, während andere die Istanbul-Konvention nur sehr zögerlich umsetzen.

Dies kann in Europa im Jahr 2020 nicht sein und sollte bei dem Treffen der EU-Gleichstellungsminister\*innen zum Thema gemacht werden.

*DaMigra e.V. (Dachverband der Migrantinnen\*organisationen) ist die Interessenvertretung von Migrantinnen\*selbstorganisationen und ihren Belangen. Mit bundesweit über 70 Mitgliedsorganisationen aus unterschiedlichen Herkunftsländern steht der Verband als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Medien zur Verfügung, bietet Handlungsempfehlungen und kritische Begleitung von migrationspolitischen Prozessen. DaMigra e.V. setzt sich für Chancengerechtigkeit, Gleichberechtigung und für die Gleichstellung von Frauen\* mit Migrationsgeschichte in Deutschland ein.*

#### **Pressekontakt:**

Christelle Nkwendja-Ngnoubamdjum, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mail: [presse@damigra.de](mailto:presse@damigra.de)

Mobil: 0159 061 574 95

## Zusätzliche Informationen

### **Istanbul-Konvention in Deutschland nur mit Vorbehalt auf Art. 59**

Die Istanbul-Konvention wird nicht von allen Staaten, die unterzeichnet haben, vollumfänglich umgesetzt – in Deutschland zum Beispiel nur unter dem Vorbehalt, den Artikel 59 nicht anwenden zu müssen. Dieser Artikel sichert gewaltbetroffene Frauen\* mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und Frauen\*, deren Aufenthalt an die Ehebestandszeit von drei Jahren gekoppelt ist, einen eigenständigen Aufenthalt aus humanitären Gründen zu.

Dokumentation der DaMigra-Jahreskonferenz zur Istanbul-Konvention

<https://www.damigra.de/publikationen/>

### **Begriffe: Femizid und Feminizid**

Femizid: Geschlechtsbezogene Tötung von Frauen/Mädchen. Dabei ist die Gewalt/Tötung Ausdruck von Macht, Überlegenheit. Dies ist möglich durch patriarchale Strukturen und Hierarchien

Feminizid: Systematik geschlechtsspezifischer Tötungen mit Schwerpunkt auf Betrachtung der Verantwortung staatlicher Institutionen und Behörden innerhalb dieser Systematik